Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1350. Girokasse: Riesa Nr. 52

№ 60 — Dienstag, 12. März 1935, abends — 88. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (5 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 90 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 2. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Weißbuch-Debatte im Unterhaus

Baldwin verteidigt die Regierung — Major Attlee begründet den Mißtrauensantrag

Die Eröffnung der Unterhaussitzung

)(London. Nach Wochen eintöniger Aussprache über die Indienvorlage steht das Unterhaus am heutigen Montag wieder einmal im Zeichen eines großen Tages. In dem äußeren Bild deutet allerdings — von dem Gedränge auf der Diplomatenloge abgesehen — nicht viel darauf hin, daß die **Aussprache über die Wehrpolitik der Regierung** von größter Bedeutung ist. Das Mißtrauen der Opposition „schwebt" über der Regierungsbank, auf der mit der üblichen Gelassenheit die Kabinettsmitglieder Platz genommen haben. Hinter ihnen sitzt, von den Einpeitschern der nationalen Regierung sorgfältig bewacht, das Heer der Regierungsanhänger, gut diszipliniert und trotz zahlreicher persönlicher Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der Veröffentlichung des Weißbuches jederzeit bereit, ihr „Nein" gegen den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei und ihr „Ja" für den die Regierung unterstützenden Abänderungsantrag Sir Austen Chamberlains abzugeben.

Auf den Bänken der Opposition herrscht, rein äußerlich gesehen, keine Kampfesstimmung. Die üblichen Zwischenrufe während der der Aussprache vorausgehenden Zeit der kleinen Anfragen zeugen nicht davon, daß sich die Opposition auf den Kampf mit der Regierung freut. Auf den Tribünen herrscht fieberhafte Spannung. Die für das diplomatische Korps wie für hervorragende Gäste und die Presse reservierten Bänke sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Von der deutschen Botschaft ist der Militärattaché Freiherr Geyr von Schweppenburg erschienen. Die den Mitgliedern des Oberhauses vorbehaltenen Bänke weisen dagegen große Lücken auf.

Die Fragezeit ist zu Ende. Es erhebt sich der Vertreter der Opposition **Major Attlee**, um seinen **Mißtrauensantrag** einzubringen. Er beginnt nicht mit einem scharfen Angriff gegen die Regierung, sondern mit Worten des Bedauerns wegen der Unpäßlichkeit des Ministerpräsidenten MacDonald, dem er baldige Wiederherstellung wünscht. Major Attlee nannte einleitend in seiner Rede zur **Begründung des Mißtrauensantrages der Arbeiterpartei das Weißbuch ein ebenso bemerkenswertes wie beklagenswertes Dokument.**

Es sei gesagt worden, so führte der Redner dann aus, **daß große Bemühungen unternommen werden müßten, um einen Luftpakt zwischen England, Frankreich, Belgien und Deutschland abzuschließen. Die Tatsache, daß unmittelbar vor dem Besuch des Außenministers in Berlin ein Weißbuch in dieser Form veröffentlicht werde, sei ganz ungewöhnlich.** Er sei sich im Augenblick nicht sicher, ob der im Weißbuch enthaltene Hinweis auf die deutsche Wiederaufrüstung und den kriegerischen Geist in Deutschland berechtigt sei oder nicht; aber es sei merkwürdig, daß der Außenminister freundschaftliche Besprechungen in Deutschland führen sollte und daß gleichzeitig ein Dokument dieser Art veröffentlicht werde, mit dem notwendigerweise in Deutschland Anstoß erregt werden müsse.

Attlee befaßte sich sodann mit dem **übrigen Inhalt des Weißbuches, das niemand eine sorgfältige Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Versuche nennen könne, Sicherheit und Abrüstung herbeizuführen.** In dem ersten Teil des Weißbuches, der praktisch den Völkerbundsgedanken aufgabe, werde in keiner Weise auf Schiedsgerichtsbarkeit und Kriegsverzicht als einem Mittel der Politik bezug genommen. Es werde erklärt, daß im Ernstfall die vorhandene internationale Maschinerie keinen Schutz gegen einen Angreifer gewähren könne.

Attlee führte in diesem Zusammenhang die Genfer Beschlüsse an, die den Austritt Japans aus dem Völkerbund vorsehen und erklärte, weder die britische Regierung noch irgendeine andere Regierung hätten ihre Pflichten erfüllt, nachdem Japan als Angreifer festgestellt worden sei.

Der Redner ging weiter auf die von den verschiedensten Seiten während der Abrüstungsverhandlungen vorgebrachten Vorschläge ein, die vielleicht stets grundsätzlich angenommen, aber nie ausgearbeitet worden seien. **In dem Weißbuch werde das ganze trübe Kapitel des Fehlschlagens der Abrüstungskonferenz übergangen.**

Zu dem **auf Deutschland bezugnehmenden Teil des Weißbuches** sagte Major Attlee, die Arbeiterpartei sei gegen das heutige System in Deutschland, aber es sei nur fair, zu sagen, daß es auch andere Länder gebe, die ihre Jugend nach militärischen Grundsätzen erzögen. **Abrüstung müsse eine Angelegenheit sein, die alle Länder gleichzeitig angehe.** Zu den englischen Rüstungen meinte Attlee, man könne den Teufel nicht mit Belzebub vertreiben. Der Oppositionsredner gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es gegen Luftangriffe kein Verteidigungsmittel gebe. Das Weißbuch kennzeichne einen völligen Wechsel in der Politik. Es werfe England in die Vorkriegsatmosphäre, in ein System von Bündnissen und Rivalitäten und in ein Rüstungswettrennen zurück; aber die Arbeiterpartei sei nicht gewillt, die alten Methoden mitzumachen, und er glaube, daß die junge Generation aus der ganzen Welt diese Politik der alten Männer zurückweisen werde.

Fortsetzung in der 1. Beilage.

Deutschlands Luftwaffe

Eine Unterredung des Reichsministers Göring mit Ward Price

Der Reichsminister der Luftfahrt, General der Flieger, **Göring**, gewährte dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail", **Ward Price**, eine Unterredung, in der er zu der Frage der deutschen Luftwaffe Stellung nimmt.

General Göring erklärte: **Im Ausbau unserer nationalen Sicherheit mußte, wie wir mehrfach der Welt erklärt haben, auch für die Sicherheit in der Luft Sorge getragen werden. Ich habe mich hierbei auf das notwendigste Maß beschränkt. Die Richtlinie meines Handelns war nicht Schaffung einer die anderen Völker bedrohenden Angriffswaffe sondern nur die Errichtung einer militärischen Luftfahrt, stark genug, Angriffe auf Deutschland jederzeit abzuwehren.**

Dies geschah bisher in einem allgemeinen Rahmen, insoweit wir nur allgemein von Fliegern gesprochen haben, ohne eine scharfe Trennung nach militärischen Gesichtspunkten durchzuführen.

Durch die englische Regierung ist Deutschland unter anderem aufgefordert worden, einem Luftpakt beizutreten, einem Pakt, der zum Inhalt hat, gemeinsam gegen einen den Frieden störenden Angreifer in der Luft vorzugehen, d. h. die eigenen Luftstreitkräfte dem bedrohten Lande zur Verfügung zu stellen. So die Forderung Englands. Deutschland, in dem Bestreben, alles zu tun und überall mitzuwirken, wo der Friede gesichert werden kann, hat in seiner Antwortnote einem solchen effektiven Schutz, wie ihn die Luftkonvention darstellt, zugestimmt. In dieser Antwortnote hat Deutschland England in Aussicht gestellt, daß es bereit sein würde, seine Luftstreitkräfte dem bedrohten Land zu Hilfe zu senden.

Nachdem die deutsche Regierung also die Bereitwilligkeit der Hilfe ausgesprochen hatte, war es notwendig, nun eine klare Trennung innerhalb der deutschen Luftfahrt durchzuführen, nämlich in der Richtung: Welches sind die Luftstreitkräfte, die zur Verfügung gestellt werden können? Aus dieser Lage heraus wurde die Bestimmung getroffen, wer innerhalb der deutschen Fliegerei künftig zu den Luftstreitkräften gehört und wer in Zukunft bei der zivilen Luftfahrt bezw. dem Luftsport zu verbleiben hat. Es war notwendig, auch äußerlich diese Abgrenzung kenntlich zu machen dadurch, daß die Angehörigen der deutschen Luftstreitkräfte Soldaten im Sinne des Gesetzes wurden, ihre Führer also Offiziere. Es handelt sich hierbei aber nur um einen Teil der bisher in der allgemeinen deutschen Luftfahrt tätigen Personen. Der Unterschied zwischen unseren Luftstreitkräften und der zivilen Luftfahrt geht deshalb in Zukunft klar und deutlich aus der Verschiedenheit der Rangabzeichen sowie aus der Dienstgradbezeichnung hervor.

Ich fasse zusammen: Unsere Bereitwilligkeit zum effektiven Schutz des Weltfriedens, unsere Zusage, den Bedrängten zu Hilfe zu eilen, machte die Heraushebung der militärischen Luftfahrt notwendig, wenn unsere Zusage nicht eine leere Phrase bleiben sollte.

Auf die Frage des Berichterstatters über die Unterstellungsverhältnisse in der neuen Luftwaffe, ihre Uniformen und ihre Titel antwortete der General:

Die Luftstreitkräfte stehen unter dem Befehl des Reichsministers der Luftfahrt, der außerdem auch die Kontrolle der zivilen Luftfahrt hat. Sein militärischer Titel ist „General der Flieger". Die Uniform bleibt der des deutschen Luftsportverbandes ähnlich, wird jedoch durch klare militärische Rangabzeichen äußerlich kenntlich gemacht. Auch die Titel entsprechen den militärischen Dienstgradbezeichnungen vom Leutnant aufwärts bis zum General der Flieger.

Auf die Frage nach der Ernennung von deutschen Luftfahrtattaches bei den deutschen Auslandsmissionen erwiderte General Göring, daß dafür die Vorbereitungen noch schweben, auch über die zahlenmäßige Stärke der Luftfahrtstreitkräfte erklärte er, abschließende Zahlen noch nicht nennen zu können.

Was ihr prozentuales Verhältnis zu den Luftstreitkräften der anderen Mächte anbelangt, so müßte jeder klar und anständig denkende Mensch einsehen, daß das besonders bedrohte Deutschland hier die Zahlen beanspruchen müsse, die die absolute Sicherheit des deutschen Volkes gewährleisten können.

Auf die Frage nach der Rolle der Luftwaffe innerhalb der gesamten Wehrmacht erklärte General Göring, im heutigen Zeitpunkt eine klare Abschätzung der Lage noch für unmöglich. Fest steht jedoch, daß die Luftwaffe ein integrierender Bestandteil jeder Sicherheit sein müsse, und ohne Luftwaffe auch Armee und Marine, mögen sie noch so stark sein, ohne Nutzen sein.

Der Berichterstatter fragte zum Schluß, ob die deutsche Luftwaffe imstande sein werde, Angriffe auf Deutschland abzuwehren. Hierauf erwiderte General Göring wörtlich:

„Von dem Gefühl, das Vaterland bis zum letzten Einsatz zu verteidigen, ist die deutsche Luftwaffe ebenso leidenschaftlich durchdrungen, wie sie andererseits überzeugt ist, daß sie niemals dafür eingesetzt werden wird, den Frieden anderer Völker zu bedrohen."

Am 21. März:

Tag der alten Garde der SA. in Berlin

)(Berlin. Die NSK. meldet: **Am Tage der 2. Wiederkehr des historischen Tages von Potsdam, am 21. März, findet in Berlin ein großer Aufmarsch der SA. aus dem ganzen Reiche statt, an dem von jedem SA.-Sturm Deutschlands der dienstälteste SA.-Mann teilnimmt.** Zugleich marschieren alle Sturmfahnen, die den Namen eines für die Bewegung gefallenen SA.-Mannes tragen, sowie aus jeder SA.-Gruppe das älteste Feldzeichen mit auf. Es ist mit einer Beteiligung von über 18 000 SA.-Männern zu rechnen. Den Auftakt des großen Tages bildet ein Appell der SA. im Sportpalast, zu dem der dienstälteste SA.-Mann als Repräsentant seines Sturmes entsandt ist, während seine Kameraden am Standort antreten, um durch Gemeinschaftsempfang auch ihrerseits an dem Appell teilzunehmen. Im Anschluß daran marschiert die alte Garde in breiten Zwölfer-Reihen zur Wilhelmstraße, wo der Vorbeimarsch abgenommen wird. Am 22. März findet vor dem Reichstagsgebäude eine Paradeaufstellung der alten SA. statt, bei der Stabschef Lutze zu seinen Männern sprechen wird. Neben diesen großen Veranstaltungen wird den SA.-Männern Gelegenheit zu Stadtbesichtigungen gegeben.

Abgeschlossen wird der Tag durch Kameradschaftsabende der einzelnen SA.-Gruppen, im Anschluß an diese wird die Rückreise in die Heimatorte angetreten.

Freispruch beantragt

Die Verteidigerreden im Memel-Prozeß

Im großen Memelländer-Prozeß stellte der Rechtsanwalt **Sarin**, der Saß und Ropp sowie 22 Mitglieder der Christlichsozialistischen Arbeitsgemeinschaft (CSA) verteidigt, fest, daß die CSA keine politischen Beziehungen zu Deutschland unterhalten habe. Saß habe seine Reise nach Berlin nur unternommen, weil er von der deutschen Presse ständig bekämpft wurde und dies unterbinden wollte. Die CSA stelle keine politische Organisation dar, sie habe vielmehr rein wirtschaftliche und kulturelle Ziele verfolgt. Die Zugehörigkeit zur CSA sei auch nicht verboten gewesen, und das ganze Material, das gegen die von ihm verteidigten Angeklagten jetzt ausgespielt würde, sei gegenstandslos. Die beschlagnahmten Bücher seien heute noch in Kownoer Buchhandlungen zu haben. Irgendwelche militärischen Waffen oder auch nur Pistolen seien bei seinen Mandanten nicht aufgefunden worden; von einem bewaffneten Aufstand könne überhaupt keine Rede sein. Der Verteidiger bat, alle seine Mandanten freizusprechen. Dabei wies er besonders darauf hin, daß die Mehrzahl von ihnen Jugendliche unter zwanzig Jahren seien, die ja zum größten Teil für die angeblichen Vergehen bereits von dem litauischen Kriegskommandanten in Memel erheblich bestraft worden seien. Nach einem alten Rechtsgrundsatz sei es unmöglich, diese Angeklagten wegen der gleichen Vergehen noch einmal zu verurteilen, zumal sie auf Grund der Anklage bereits eine außerordentlich lange Zeit in Untersuchungshaft säßen.

SLUB
Wir führen Wissen.